

chheit.
ie Verantwort.

3. Dezember.
Chefredakteur
ast, in der es

r der ganzen
id Nachkriegs-
ehenden Jahr
t überall sehr

den, den die
y jeder für sich
ärker sehr sich
die Nieder-
eine Rettung
der Aufzich-
ist. An Stelle
werden auf

Zusammen-
ledens- und

ührung, wenn
Augenblicke,
iter rennenden
Welt wieder
zuführen. Die
ationalen Miß-
Gleichberech-
reichung dieses

gegangen. Es
ten Opfer auf
ffnung, die
en erst in die
die Erfüllung

3. Dezember.

legum streifte
er ausführte,
stunde Gottes
er waffenlosen
zerzen, sondern
zug nicht aus
des Guten
die Solidarität
an den Wett-
luschließung,
gar der Ein-

er wieder ein

wede, Pader-
(Sauerland).
rsloh 5,57; ab

Rückfahrt von

r Schneelage.
vorher durch

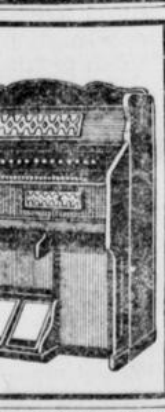
ahrpreisermä-
ahrt des Son-
elten die Fahr-
elten auf der
3.

gel.

iter um 2 Uhr

chluß die Ver-
Apotheke zu

Belpolitik: Dr.
hel. Zuschriften
28. für Geto-
wärts", Christ.
3911/3919, Ami
Bethel.



fabrikfrisch
1.60 Pfg.

50

rsand unt. Nachn.

Neptunhaus

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.38 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelnummer 10 Pfg. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pfg.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 303.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 30. Dezember 1931.

13. Jahrgang.

Wenn Gott in dir nur ist, so wird in Höhn und Gründen
Der Schöpfung überall sein Wirken dir sich künden.

Rückert.

Streiflichter aus Politik und Wirtschaft.

Wunder oder Kata Morgana?

Wird sie oder wird sie nicht fallen? Die deutsche Reichsmark. Das Pfund gleitet ab. Die Mark steht fest und unerschütterlich. Die Währung eines Weltreiches, in dem die Sonne nicht untergeht, dessen Kolonien unwägbare Schätze bergen, wird zum Spielball der Baissiers an den Börsen.

Die Mark schwankt ein wenig nach unten und geht zurück in die Gleichgewichtslage.

Die Reichsmark, die Währung eines Landes, das seine öffentliche und private Wirtschaft mit Milliarden geborgten Geldes betreibt, die Währung eines Landes, das mehr als 5 Millionen Erwerbslose zu erhalten hat und seine Arbeitenden kümmerlich genug nährt!!! Der holländische Gulden, gedeckt mit etwa 80 Prozent in Gold gegenüber etwa 12 Prozent Deckung der Reichsmark (man ziehe bitte die als „Deckung“ mitangegebenen 100 Millionen Dollar Kredite ab, um von einer 25-prozentigen Deckung auf eine 12-prozentige zu kommen) zeigt Schwankungen, der Dollar, die Sonne der Weltwirtschaft, nicht minder. Die Mark steht fest.

England schafft einen ausgeglichenen Reichshaushalt. Deutschlands Haushalt, gut ein halbes Duzend Mal durch neue Steuererhebungen theoretisch ausgeglichen, kann nicht in Ordnung kommen. Ein Wirtschaftswunder also!!! Oder ein Erfolg der „festen Hand“ Brünnings? Wie konnte sich überhaupt die Mark mit ständig zurückgehender Golddeckung solange halten? Wurde ihr Sturz nach den Grundgesetzen kapitalistischer Wirtschaftsordnung nicht längst erfolgt sein?

Zwar hat sich die Handelsbilanz Deutschlands durch stärkste Beschränkung der Einfuhr ebenso stark verbessert, wie durch die größten Anstrengungen in der Richtung der Exportförderung. Vergessen wir jedoch nicht, unser Export ist ein „Hungerelexport“. Nicht der Uberschuß der Erzeugung und Veredelung, der über den Verbrauch des eigenen Landes hinausgeht, ins Ausland. Das deutsche Volk zahlt zum guten Teil seinen Export durch Entbehrungen, durch überhöhte Inlandspreise. Unsere Zahlungsbilanz dagegen konnte nur ausgeglichen werden durch fortlaufende Substanzübertragungen. Ausverkauf Deutschlands in verschleierte Form.

Wie aber kann die Mark unter solchen Umständen stabil bleiben? Wie kann sie an innerem Gehalt besser sein als z. B. das englische Pfund? Eine nicht von der Hand zu weisende Erklärung ist die, daß die Reichsmark im Zeichen der ständigen Wirtschaftsschrumpfung und durch die Fakturierung des Imports und Exportes in fremden Wä-luten mehr und mehr das Gepräge einer „Binnenwährung“ erhalten hat, während für die Außenhandelsbeziehungen als Wertmesser der Dollar, der Gulden oder der Schweizer Franken gilt. Würden Deutschlands Gläubiger nicht jeden Angriff auf die Mark heftig abwehren, die Reichsmark wäre längst versackt. Die Gläubiger Deutschlands aber würden ihre eigenen Interessen gefährden, würden sie die Reichsmark dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen.

1920 bis 1923 war das Ausland stark an der Inflation in Deutschland interessiert, denn die brachte die Entwertung der deutschen Währung, die den billigsten möglichen Erwerb deutscher Substanz gestattete. Die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft an Krediten nach Aufzehrung der Reserven durch die Inflation gestatteten den Kreditgebern sichere Anlage ihres Geldes gegen hohe und höchste Zinsen. Kapital bringt nur Gewinn, wenn es arbeitet und für die Erzeugung Absatz schafft. In der Inflation hatten wir eine Wirtschaft ohne Währung. Jetzt haben wir eine Währung ohne Wirtschaft. Das Bestreben der Gläubiger Deutschlands, ihre Guthaben in Deutschland auf irgendeine Weise zu mobilisieren, zeigt zweierlei:

1. das höchste Gefühl der Unsicherheit in bezug auf die Anlegen und Kredite, die man Deutschland gegeben hat;
 2. der Versuch, die eingefrorenen Kredite locker zu machen, ohne die Währung Deutschlands zu erschüttern, die Bonds möglichst günstig unterzubringen.
- Den letzten beißen die Hunde. Was kümmert's die Weltfinanz?

Jedenfalls geht eines klar hervor: Deutschland hat nur eine formelle Währungshoheit. Denn wer die Menge der Zahlungsmittel eines Landes bestimmt, ist Herr der Währung; und wer Herr der Währung ist, ist auch Herr der Wirtschaft. Keine Notverordnung vermag die Tatsache zu verschleiern, daß Deutschland zur Wirtschaftsprovinz geworden ist.

Zwei großen Illusionen ist das deutsche Volk unterfallen, Illusionen, die es sich nicht selbst geschaffen hat, die ihm mit allen, meist politischen Mitteln eingeimpft worden sind:

1. Am 8. November 1918: Der Krieg ist aus!!! Nein, der Krieg wurde fortgesetzt auf einer anderen Ebene und mit anderen Mitteln. Das kaiserliche Deutschland verlor den Krieg auf den Schlachtfeldern, das republikanische den Wirtschaftskrieg.

2. Am 8. November 1918: Das deutsche Volk ist souverän. Das deutsche Volk ist nicht souverän, es glaubt es nur zu sein.

Das täglich dem deutschen Volke einzuhaßern ist vaterländische Pflicht; wir müssen die gefährliche Illusionspolitik zerreißen, wenn uns die Folgen dieser Illusionspolitik nicht zerreißen sollen. Das Maßziel ist zweifelsohne die Verneinung der Tributpflicht. Aber selbst wenn die gefallen ist, ist nur wenig gewonnen. Denn Deutschland hat ja noch etwa 27 Milliarden sonstiger Verpflichtungen, die jährlich mit 1½ Milliarden verzinst werden müssen, und an deren Amortisierung man ja schließlich auch einmal denken muß. Und schließlich, wenn der Prozeß der Wirtschaftsschrumpfung sein Ende erreicht hat und die Abnahmlichkeiten erweitert werden können, woher will die deutsche Wirtschaft Kapital schaffen, ohne die Anleihepolitik fortsetzen zu müssen?

Die unerhörten schwierigen Aufgaben kann eine Staatsführung nur mit einem Staatsvolk überwinden. Mit einem Volke, das über eine bewußte politische Willensbildung verfügt. Deutschland wird sich daran gewöhnen müssen, daß seine Zukunft nicht auf dem Wasser, nicht in der Luft, sondern in der Scholle liegt. Es wird sich bei Zeiten darauf umstellen müssen. Randbedlungen können nur der Anfang sein. Nur der deutsche Schollenmann wird in der Lage sein, die Folgen der Abschließung der Weltmärkte durch Schutzollmauern zu überwinden.

Ist es nicht ganz selbstverständlich, daß die Industrieländer in erster Linie die Arbeitsbeschaffung für ihre Arbeitslosen durch Schutzölle betreiben. Wie anders sollten sie den Uberschuß an Menschen ernähren. Es ist ein schöner Traum: „Weltverbrüderung“. Es wird noch viel Blut kosten, ehe die Menschheit reif wird. Bis dahin hat Deutschland den harten Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Die kommenden Jahre überwindet das deutsche Volk nur, wenn es zum Staatsvolk wird, wenn die harte Notwendigkeit den Zusammenschluß der deutschen Menschen erzwingt. Zum Staatsvolk kann das deutsche erst werden, wenn es in den Grundauffassungen übereinstimmt. Wie kann die Erziehung der Kinder einer Familie gelingen, wenn der Vater andere Erziehungsgrundsätze anzuwenden wünscht als die Mutter?

Drei verschiedene Grundauffassungen waren in den letzten zehn Jahren in unserem Volke lebendig, die sich bis aufs Messer bekämpften:

- Durch Erfüllung zur Freiheit.
- Durch Arbeit zur Freiheit.
- Durch Kampf zur Freiheit.

Während noch vor zwei Jahren die Mehrheit sich zu der an erster Stelle genannten Grundauffassung bekannte, ist inzwischen ein starker Wandel eingetreten. Man vergleiche nur die Stellungnahme der SPD zur Tributfrage vor und nach 1931.

Es müßte einem Staatsmann gelingen, das Volk zu einer einheitlichen Grundauffassung zu bringen. Mit einem gutgemeinten Appell an die Einigkeit ist es ebenso wenig getan wie mit einem Appell an den Glauben an Deutschlands Zukunft. Es ist nun einmal ehernes Gesetz auf dieser Erde, daß alle Dinge erkämpft werden müssen. Wenn die deutsche Grundauffassung die folgende ist, dann haben wir den ersten Schritt zur Wendung des deutschen Schicksals getan:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr.
Wir wollen frei sein, wie die Väter waren.
Lieber den Tod, als in der Knechtschaft leben.
Wir wollen trauen auf den höchsten Gott
Und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.
F. B. A.

1831-1931.

Ein Nachwort zur Jahrhundertfeier F. v. Bodelschwinghs von G. v. B., Dünne.

Das Jahr, in welchem man sich in besonderer Weise Bodelschwinghs erinnert hat, neigt sich dem Ende zu. Ehe es vollends verschwunden ist, geht das Auge noch einmal rückwärts auf das, was Bodelschwinghs Auftrag an uns war.

Es liegt tief in der Natur des Menschen begründet, von den Erfolgen seiner Führer zu sprechen, zu schweigen aber von dem, was an Erfolgen versagt blieb. Von versagten Erfolgen aber soll im Nachfolgenden die Rede sein. Denn ohne das würde das Bild Bodelschwinghs, das die Jahrhundertfeier hinterläßt, des ernststen Hintergrundes entbehren. Nicht die freudige Erhebung, die uns durch unsere Führer zuteil wird, gibt einer Jubiläumsfeier den reinsten und erhabensten Klang, sondern die Erkenntnis der Schuld, in der wir unseren Führern gegenüberstehen.

Als Bodelschwingh nach Bielefeld berufen wurde, waren diejenigen Anstalten, die den Hauptteil der jetzigen Kolonie Bethel ausmachen, in ihren Anfängen schon vorhanden. Aber nicht an den überkommenen Arbeitsgebieten kann sich die originale Bedeutung Bodelschwinghs in voller Deutlichkeit zeigen. Sie tritt vielmehr erst bei denjenigen Aufgaben zu Tage, die er während seiner Arbeit in Bethel neu angegriffen hat. Im Blick auf diese neuen Arbeitsgebiete entsteht die Frage, ob wir uns in Wirklichkeit der Führung Bodelschwinghs anvertraut und die von ihm eingeschlagenen Wege ausgebaut haben, oder ob wir an ihm zu Schuldnern geworden sind.

I.

Die Jahre wirtschaftlichen Aufschwungs, die im Anschluß an den Krieg 1870/71 über Deutschland gekommen waren, blieben nicht ohne Rückschlag. Zehn Jahre später bedeckte ein Meer von Arbeitslosen die deutschen Straßen und Landstraßen. Sie lebten von den Pfennigen und Groschen, den Lebensmitteln und Kleidungsstücken, die sie an den Türen als Unterstützung empfingen. Auch Bodelschwinghs eigenes Haus wurde von diesem Strom von Arbeitslosen umflutet. Da stand eines Tages als eine erschütternde Tatsache vor seiner Seele: Es ist eine sittlich faule Tat, einen Menschen zu unterstützen, ohne ihm zugleich Arbeit zu bieten. Und wer sich gewöhnt, Unterstützungen anzunehmen ohne eine bestimmte Arbeitsgegenleistung, hat damit den ersten Schritt getan, um sittlich zu verkommen.

„Arbeit statt Almosen“ wurde daher die Losung Bodelschwinghs. So entstanden in allen deutschen Ländern Kolonien, die die Arbeitslosen an dem unheilvollen Wege hindern sollten, ohne Arbeit von Unterstützungen zu leben und sich dadurch der sittlichen Erschlaffung auszuliefern.

Mit Lebenskraft hat Bodelschwingh bis in sein hohes Alter hinein für diesen Grundgedanken gekämpft: „Keine Unterstützung ohne Arbeit.“ Nichts“, pflegte er zu sagen, „ist, auch rein finanziell genommen, so kostspielig, als einen Menschen durch falsche Unterstützung zu Grunde zu richten, während es auf die Dauer das Billigste ist, ihn durch Arbeit wirtschaftlich und sittlich zu retten.“ Bei seinen Reisen ließ er immer wieder die weiten Strecken unkultivierten Landes an seinem Auge vorbeiziehen und erzwang den doppelten Ertrag von sittlichen und wirtschaftlichen Werten, den diese Ländereien bringen konnten, wenn sie der eigenen Verödung entzissen wurden durch Menschen, die ohne Arbeit sittlicher Verödung ausgeliefert waren.

Heute aber müssen wir schmerzvoll erkennen: Bodelschwinghs Ruf ist nicht durchgedrungen und weder Kirche noch Staat haben die sittliche Energie aufgebracht, um ihm zum Siege zu verhelfen. Er hatte seine Arbeitskolonien letzten Endes nur als Musterbeispiele gedacht. Sie sollten für Zeiten größerer Arbeitslosigkeit zu umfassenden Maßnahmen Anregung geben, durch die nur gegen geleistete Arbeit Unterstützungen gewährt wurden. Statt dessen ist heute in Millionen von Fällen die Unterstützung von Arbeitslosen ohne Arbeitsentgelt nicht zur Ausnahme, sondern zur Regel geworden. Dadurch aber ist eine Verseuchung über uns gekommen, die unseren ganzen Volkskörper tödlich bedroht. „Ohne Arbeit wird auch der beste Mensch schlecht.“

Es ist hier nicht der Ort, im Einzelnen auf die Frage einzugehen, wie es möglich ist, für Millionen von Arbeitslosen Arbeit zu schaffen, aber die allgemeine Frage ist berechtigt: Was würde Bodelschwingh geraten haben? „Keine Barmherzigkeit ohne Zucht“, war der von Bodelschwingh mit jähem Nachdruck immer wiederholte

411

Stadt-Bibliothek

S 839

Grundsatz. Zur Erweckung des sittlichen Empfindens sah er die Kirche, zum Träger der barmherzigen Zucht aber sah er den Staat berufen, und dem Staat würde er die Verpflichtung für eine rechte Lösung der Arbeitslosenfrage zugesprochen haben.

Wie es im Weltkrieg möglich war, Millionen von Männern und Jünglingen, von Mädchen und Frauen in den Dienst der vaterländischen Verteidigung zu stellen, so wäre es auch jetzt möglich, Millionen von Volksgenossen in den Dienst am deutschen Boden zu stellen, wenn wir nur Mut und Härte genug aufbringen würden, barmherzige Zucht zu üben.

In vielen unserer Tageblätter finden sich heute Darlegungen, dahin lautend, daß wir finanziell und wirtschaftlich mit der jetzigen Arbeitslosenunterstützung einen Irrweg einschlagen. Aber erst, wenn wir von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß die jetzige Form der Arbeitslosenunterstützung nicht nur eine wirtschaftlich verkehrte Maßnahme, sondern vor allem eine sittlich schlechte Tat bedeutet, kann dem Uebel an die Wurzel gegriffen werden. Und nicht eher werden wir unsere Freiheit zum Dienst mit der Waffe und mit dem Spaten wiedergewinnen, als bis wir alle politischen, militärischen und wirtschaftlichen Erwägungen hinter uns lassend, unser eigenes Volk und die jetzigen Gewalthaber unter den übrigen Völkern auf die Höhe der sittlichen Ueberzeugung geführt haben: die ungeschmälerte Freiheit zum Waffendienst und Arbeitsdienst ist die sittliche Grundlage eines Volkes, ohne die es verfaulen muß und zu einem Fäulnisherd wird für alle Nachbarvölker, ja, für die ganze Welt.

Darum feiern wir nur dann die Erinnerung an Bodelschwings richtig, wenn wir teilnehmen an seiner glühenden Sorge wegen der unheilvollen Gefahren, die für den Einzelnen und ein ganzes Volk darin beschlossen liegen, Unterstützungen zu empfangen und zu geben ohne Arbeitsleistung.

II.

Aber die Arbeiterkolonien, die unter Bodelschwings entstanden, sah er nur in zweiter Linie als ein Hilfsmittel zur Gesunderhaltung des Volkslebens an. In der vordersten Reihe aller äußeren Mittel stand ihm allezeit die Aufgabe, dem handarbeitenden Familienvater ein eigenes Heim auf eigener Scholle zu schaffen.

Bodelschwings ist nicht milde geworden, darzutun, daß nichts für einen Staat wirtschaftlich und finanziell so vorteilhaft sei, als die Sechshausmacherei seiner Familien. Als einer, der selbst einen pommerischen Großbesitz verwaltete, hat er die Großgrundbesitzer davon zu überzeugen gesucht, daß die Erhaltung ihres Besitzes durch nichts so sicher gestellt würde, als durch Sechshausmacherei ihrer Arbeiter. Ebenso hat er sich bemüht, die Städte und Großstädte durch finanzielle und wirtschaftliche Darlegungen zu überzeugen, wie klug sie daran täten, durch Ausbau und Verbilligung der nach außen führenden Verkehrswege einen sich immer weiter dehnen den Kranz selbständiger Heimstätten als schönsten Schmuck um sich herum zu legen.

Aber stärker noch als wirtschaftliche und finanzielle Gründe hat er die sittliche Verantwortung hervorgehoben, die der Besitzende gegenüber dem Besitzlosen trägt. Selbst einen Besitz und ein eigenes Heim zu haben und nicht alles daran setzen, um auch anderen Volksgenossen zu der gleichen Wohltat zu verhelfen, das erschien ihm als sittliche Schwäche und unverantwortliche Kurzsichtigkeit, die die schlimmsten Folgen nach sich ziehen mußte.

Zwanzig Jahre im Voraus hat es Bodelschwings dem Großgrundbesitzer angekündigt: „Der Umsturz muß die unausbleibliche Folge sein, wenn die Sehnsucht des kleinen Mannes überhört wird.“ Und ähnlich eindringliche Mahnungen hat er an die verantwortlichen Stellen der Städte gerichtet.

Evangelische Pädagogik.

D. Dr. Leopold Cordier, Professor der praktischen Theologie in Gießen, war von 1922 bis 1926 Pfarrer in der ev. ref. Gemeinde hier in Wuppertal-Elberfeld, wo ich ihn als Seelsorger und Jugendführer schätzen und lieben lernte. Die Jugend lag ihm immer sehr am Herzen. Schon als Student trat er ihr nahe im Kinder Gottesdienst, und heute noch nimmt er regen Anteil an ihrem Ringen um Wahrheit und Klarheit in den Wirren der Zeit als Führer im „Christideutschen Bunde“. Daß wir in ihm aber auch einen emsigen und gründlichen Forscher und Gelehrten besitzen, hat sein 3-bändiges, ungewöhnlich aufschlußreiches Werk „Evangelische Jugendkunde“ gezeigt, das er im Jahre 1928 vollendet hat und das bei Friedrich Bahn in Schwerin-Meckl. erschienen ist. Wer Cordier und sein Werk kennt, wird sich darüber freuen, daß er nun auch seinen Beitrag in der heute regen Aussprache um eine evangelische Pädagogik leisten will mit einer neuen Arbeit, die zuerst als Fortsetzung der Jugendkunde gedacht war, nun aber doch als selbstständiges Buch herauskommt mit dem Titel „Evangelische Pädagogik“. Der erste Band ist eben erschienen, auch bei Friedr. Bahn, und hat die Teilüberschrift „Christliche Erziehungsgedanken und Christliche Erzieher“. Ein Quellenbuch, 350 Seiten. Großoktav. In Leinen 15 Mk. Subskriptionspreis 12 Mk. Daß der Verlag das Wagnis auf sich genommen hat, in dieser Notzeit das Werk Cordiers herauszubringen, das ist an und für sich schon ein glänzendes Zeugnis dafür, daß uns der Verfasser in unserer Lage, die ja nicht nur eine wirtschaftliche Krisis, sondern auch eine Kulturkrisis ist, wirklich etwas zu sagen hat und uns ein Zeugnis theologischer und pädagogischer Reuebereinigung bietet. Um Mißverständnisse, zu denen der Haupttitel des Werkes Anlaß geben könnte, von vornherein nach Möglichkeit auszuräumen, sei aber noch folgendes bemerkt: Eine evangelische Pädagogik hat zuletzt vor 80 Jahren Christian Palmer, Theologieprofessor in

Und der Ausgang: Auch auf diesem Gebiet ist Bodelschwings Stimme nicht gehört worden. Wie er es vorausgesehen, steht heute der Großgrundbesitz des Ostens vor dem Venkrott und die Städte und Industriezentren, in die die östliche Landbevölkerung abströmte, sind heute überfüllt von heimatlosen und hoffnungslosen Volksmassen, die die Fäuste ballen gegen die, die durch schrankenlosen Liberalismus dieser unheilvollen Entwicklung Vorschub leisteten.

Während man gegen Ausgang des Krieges ein eigenes Stück deutschen Landes zur Errichtung einer Heimstätte allen denen in Aussicht stellte, die Leib und Leben zur Verteidigung der Heimat eingesetzt hatten, hat statt dessen in der Nachkriegszeit die Errichtung von überbelegten Mietswohnungen, namentlich im Umkreis der großen Städte, ein geradezu erschreckendes Ausmaß angenommen. Im gleichen Umfang aber, in welchem die Mietsbauten zu nehmen, nahmen die selbstständigen kleinen Heimstätten ab, bis sie im Erinnerungsjahr Bodelschwings am Rande des Aussterbens standen. Diese ganze, für die Entfaltung eines gesunden Familienlebens unheilvolle Entwicklung aber hat sich vollzogen, ohne daß von irgendeiner Seite her ein durchdringender, erschütternder und erschreckender Schrei erfolgt wäre, auch nicht aus der Mitte der Kirche heraus, die vor allem zur Hüterin der sittlichen Grundlagen des Volkslebens berufen ist.

Wer nach Bethel kommt und noch heute, zwanzig Jahre nach dem Hinscheiden Bodelschwings, umweht ist von der Arbeitslosigkeit und Opferwilligkeit, die diese Gemeinde der Kranken und Elenden erfüllt, der kann nicht ohne tiefen Schmerz daran denken, was auf dem Gebiet des Heimstättenbaues möglich gewesen wäre, wenn sich auch nur ein kleiner Teil der Christenheit von der Blut hätte entfachen lassen, die Bodelschwings mit der vom göttlichen Altar entlehnten Flamme in den Herzen seiner Kranken entzündete.

Darum gilt auch im Gedanken an den überhörten Ruf Bodelschwings in Sachen der deutschen Familienheimstätte, daß nur der die Erinnerung an Bodelschwings recht feiert, der den Schmerz Bodelschwings über unsere verödeten Osten, über unsere überfüllten Städte zu dem Seinen macht und bereit ist, an seinem Teil die unermessliche Schuld abtragen zu helfen, in die wir gegenüber unserem heimatlos gewordenen Volke geraten sind.

Schluß folgt.

Mietermäßigung bei Neubauten und bei Bauten gemeinnütziger Wohnungsunternehmen.

Dazu wird uns geschrieben: Ueber die Mietermäßigung auf Grund der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 sind in der Öffentlichkeit vielfach irrige Vorstellungen entstanden, namentlich soweit die Mieten der Neubaugewohnungen in Frage kommen. Hinsichtlich dieser Mieten bestimmt die Notverordnung in ihrem zweiten Teil (Wohnungswirtschaft), Kap. II (Mietenkung), § 2, daß sich der Mietzins ab 1. Januar 1932 anteilig um den Betrag ermäßigt, um den die Belastungen des Grundstücks durch die Zinsenkung, die ebenfalls in der Notverordnung geregelt ist, gesenkt werden.

Durch einen Rundfunkvortrag des Reichsfinanzministers und durch andere Verlautbarungen ist in den Kreisen der Neubaummieter die Auffassung entstanden, daß die Mietermäßigung vom 1. Januar 1932 an für sie allgemein 15 Prozent betragen würde. Diese Auffassung ist nach den Bestimmungen der Notverordnung nicht richtig, und es ist zu bedauern, daß durch diese Hinweise in den breiten Schichten der Bevölkerung eine gewisse Unruhe ein-

treten muß, wenn sich tatsächlich ergibt, daß die Mietermäßigung nicht 15 Prozent ausmacht. Da die Mietermäßigung der Neubaugewohnungen von der Senkung der Zinsen abhängig gemacht ist, wird sie bei den verschiedenen Bauten ganz verschieden ausfallen, je nachdem bisher die aufgenommenen Hypothekendarlehen verzinst werden mußten. So gibt es z. B. eine Reihe von Bauten, bei denen das Hypothekendarlehen nur mit 6 Prozent oder darunter (wie z. B. bei den Darlehen der Landesversicherungsanstalt) verzinst wird. Die Bauherren können ganz allgemein nur insoweit eine Senkung vornehmen, als ihre eigenen Zinslasten herabgemindert werden. Diese Tatsache ist schon bisher in den vielen Verhandlungen der Neubaubesitzer über eine Mietermäßigung klar zum Ausdruck gebracht und nachgewiesen worden.

Aber auch dort, wo die aufgenommenen Hypotheken mit 7 oder 8 Prozent oder noch höher verzinst werden mußten, wird sich die Zinsenkung nur in seltenen Fällen so auswirken, daß dadurch eine Mietermäßigung um 15 Prozent möglich ist. Es kommt im Einzelfall ganz darauf an, welchen Anteil das teure Fremdkapital an der Gesamtfinanzierung hat. Bei denjenigen Bauvorhaben, die bisher mit dem größten Anteil an Fremdkapitalien finanziert worden sind, wird sich die Zinsenkung und damit auch die Mietermäßigung am stärksten auswirken. Aber auch hier wird es nur wenige Fälle geben, in denen die Senkung bis zu 15 Prozent der bisherigen Mieten ausmacht, nämlich nur dann, wenn etwa 60 bis 70 Prozent der Gesamtbaukosten mit sehr teurem, über 8 Prozent liegendem Kapital finanziert wurde.

Es bleibt zu wünschen, daß die vorgesehenen Ausführungsbestimmungen in diesen Fragen bald Klarheit bringen. In diesen wird auch bestimmt werden müssen, daß der etwa zur Erhebung kommende Verwaltungskostenbeitrag, der neben dem Zinsatz der Senkung nicht unterliegt, eine angemessene Grenze nicht überschreitet.

Für gemeinnützige Wohnungsunternehmen ist eine besondere Regelung in der Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers und des Reichsjustizministers vom 15. Dezember 1931 getroffen. Die gemeinnützigen Bauvereine, die vielfach einen sehr großen Wohnungsbesitz aus verschiedenen Bauperioden verwalten, sind berechtigt, aber auch verpflichtet, unbeschadet des Grundgesetzes einer möglichst allgemeinen Mietermäßigung eine weitgehende Angleichung der Mieten vergleichbarer Wohnungen vorzunehmen. Die Begründung hierfür liegt in dem genossenschaftlichen Gedanken, mit dem eine Bevorratung bestimmter Baugruppen, die etwa in der Inflationszeit oder mit besonders billigem Geld gebaut worden sind, nicht vereinbar ist.

Der Weihnachtsverkehr auf der Reichsbahn.

In der Zeit vom 22. bis 26. Dezember sind von Berlin aus 134 Vor- bzw. Nachzüge und 7 Sonderzüge gefahren worden. Die Fahrkartenausgaben in Berlin gaben in der Zeit vom 20. bis 24. Dezember 278 732 Fahrkarten ab gegenüber 283 203 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Unter Hinzurechnung der Ziffern für den Durchgangsverkehr ergibt sich eine Zahl von 350 000 Fahrgästen, die von Berlin aus mit der Fernbahn befördert wurden. Am Stadt- und Vorortverkehr wurden am ersten Weihnachtsfeiertag 910 000, am zweiten Feiertag 1 040 000 Personen befördert gegenüber einer Million bzw. 1,1 Millionen im Vorjahr.

Aus München sind in der Zeit vom 23. bis 27. Dezember 239 586 Personen abgefahren und 210 788 Personen angekommen. Für den gesamten Personenverkehr ergibt sich eine Minderungs von 3 v. H. gegenüber dem vorjährigen Weihnachtsverkehr. Sportler wurden 29 000 befördert.

angeführt werden. So vermittelt denn dieser 1. Band durch seine Quellentafeln eine Begegnung mit dem christlichen Erziehungsgedanken der Kirche im Lauf ihrer Geschichte durch 2 Jahrtausende. Sie wird geboten in der Meinung, daß bei der Neuorientierung in Bezug auf die erzieherischen Notwendigkeiten der Lebensform, der die Wirklichkeit mit der Vergangenheit verbindet, nicht durchschnitten werden darf, wenn anders wir uns auf die letzten Grundlagen unseres Seins befinden wollen. Möchten deshalb viele Aufwärtsleser, deren Aufgeschlossenheit für die Fragen der Erziehung ich zu meiner Freude so oft feststellen durfte, zu dem Buche Cordiers greifen. Ich bin gewiß, daß sie damit eine wertvolle Stütze im Geisteskampfe der Gegenwart ergreifen.

Ss. Wuppertal-Elberfeld.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Ein neuartiger christlicher Kunstkalender zum Hängen und Stellen, gleichzeitig für Wand und Tisch geeignet, mit 63 hervorragenden biblischen Bildern alter und neuer Meister, darunter Burnand, Gebhardt, Uhde, Hans Thoma und viele andere. Jeder Tag bringt kurze Bibelsprüche für den Morgen und den Abend. Der Kalender ist kein Abreißkalender, sondern alle Blätter bleiben beisammen, wie in einem Buche. Auch nach Abschluß des Jahres wird der Kalender wegen seiner schönen Bilder aufgehoben werden. Der Preis ist bei der reichen Ausstattung, auf Kunstdruckpapier gedruckt, spottbillig: nur 90 Pfennig. Bei Mehrbezug noch billiger: 10 Stück zu 89 Pfennig, 25 Stück zu 88 Pfennig, 50 Stück zu 87 Pfennig, 100 Stück zu 86 Pfennig, 200 Stück zu 85 Pfennig pro Stück. Ein sehr gediegener Kalender, den jede Familie, auch des billigen Preises wegen, erwerben kann. Verlag für Volkskunst und Volksbildung, Geschäftsstelle des Volkskunstbundes, Richard Reutel, Lahr in Baden.

Vorstoß in Washington?

Keine Einladung Macdonalds an Laval. — Erholungsurlaub des Reichskanzlers.
— Berlin, 29. Dezember.

Französische Zeitungen berichteten von einer Einladung des französischen Ministerpräsidenten Laval nach London. Wie jedoch jetzt durch eine amtliche Veröffentlichung des Büros des französischen Ministerpräsidenten bekannt wird, ist eine solche Einladung durch Macdonald nicht erfolgt. Weiter heißt es in dieser Veröffentlichung: „Die französischen und die englischen Sachverständigen verhandeln gegenwärtig über die Reparationen, und die Möglichkeit einer Begegnung der beiden Regierungschefs könnte erst ins Auge gefaßt werden und würde auch erst opportun sein, wenn die Sachverständigen ihre Aufgabe gelöst hätten.“

In politischen Kreisen gilt es nicht für ausgeschlossen, daß nach dem Abschluß dieser englisch-französischen Botschaften die Regierungen beider Länder in Washington einen gemeinsamen Schritt unternehmen, um die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten auf die Zusammenhänge zwischen der Reparations- und der Kriegsschuldenfrage zu lenken.

Ueber Ort und Zeit der Reparationskonferenz steht noch nichts Endgültiges fest. In unterrichteten deutschen Kreisen gibt man der Auffassung Ausdruck, daß nach wie vor Basel oder der Haag in Frage kämen.

Die nächste Zeit wird von den deutschen Botschaftern in Washington, London, Rom und Paris dazu benutzt werden, um den Regierungen die Auffassung der Reichsregierung über den Baseler Bericht und die deutschen Erwartungen in bezug auf die Regierungskonferenz zu übermitteln. Die Erörterungen im Reichskabinett über die Außenpolitik haben dadurch eine gewisse Vertiefung erfahren, daß der Reichskanzler Berlin zu einem kurzen Erholungsurlaub verlassen hat. Er wird wahrscheinlich erst Montag oder Dienstag nächster Woche zurückkehren.

Ebenso sind auch die Minister Dietrich und Groener von Berlin abwesend, so daß die Führung der Regierungsgeschäfte augenblicklich beim Reichspostminister Dr. Schäkel als dem dienstältesten Mitglied des Reichskabinetts liegt. Dr. Schäkel wird den Reichskanzler auch bei den Neujahrsempfängen beim Reichspräsidenten vertreten, die auch in diesem Jahre in der üblichen Weise vor sich gehen.

Halloren-Empfang bei Hindenburg.

Neu ist dabei allerdings, daß vormittags 11 Uhr vor den üblichen Gratulationen eine Abordnung der „Halloren“, der halleischen Salzbergleute, vom Reichspräsidenten empfangen wird. Sie erschienen früher regelmäßig in ihrer alljährlichen Tracht zur Neujahrssaudienz beim Kaiser und haben jetzt darum gebeten, den alten Brauch beim Reichspräsidenten wieder aufnehmen zu können.

Aus der Abwesenheit des Reichskanzlers, des Vizekanzlers und Reichsfinanzministers sowie des Reichswehr- und Reichsinnenministers ergibt sich von selbst, daß das Kabinett in den nächsten Tagen wichtige politische Dinge nicht behandeln wird.

Wichtig ist dagegen die Wiederaufnahme der Berliner Stillhalteverhandlungen, die sogleich nach Weihnachten erfolgte und die nach der bekannten Ankündigung des Kanzlers kurz vor den Feiertagen noch etwa vierzehn Tage in Anspruch nehmen dürften.

Amerika und die Schuldenstreichung.

— New York, 29. Dezember.

Im Zusammenhang mit der Ankündigung des Staatsdepartements, von einer Teilnahme an der Reparationskonferenz abzusehen, erzählt „Herald Tribune“ aus offiziellen Kreisen, die Regierung sei der Ansicht, daß Europa vor allem zwei Aufgaben lösen müsse: Die Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Aufstellung eines Programms zur wirtschaftlichen Erholung Europas.

Würde ein solches Stabilisierungsprogramm zustande kommen, so sei die Regierung geneigt, die Kriegsschuldenfrage in Erwägung zu ziehen.

Dabei werde sie jedoch die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Länder individuell berücksichtigen. Keinesfalls beabsichtige die Regierung, irgendwie die Folgen einer Einstellung der Reparationszahlungen auf sich zu nehmen.

Die Lohnsenkung ab 1. Januar.

„Kein Zweifel über den zwingenden Charakter der Notverordnung.“

— Berlin, 29. Dezember.

In der Öffentlichkeit sind Zweifel an dem zwingenden Charakter der in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vorgegebenen Lohn- und Gehaltsenkung aufgekommen.

Nach der Auffassung der zuständigen Stellen, die auch in der amtlichen Verlautbarung zur Notverordnung zum Ausdruck gekommen ist, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die im engsten Zusammenhang mit der Senkung des gesamten Preisstandes stehende Herabsetzung der tarifvertraglichen Löhne und Gehälter ab 1. Januar 1932 kraft Gesetzes eintreffe.

Die Tarifvertragsparteien haben lediglich das aus der Verordnung selbst ersichtliche Ausmaß der Kürzung in den Tarifverträgen als dessen Bestimmung zu übernehmen, wobei sie im Rahmen der Vorschriften der Verordnung Unebenheiten beseitigen können, die sich etwa aus dem verordneten Eingriff in den Tarifvertrag ergeben. Nur falls ihnen das nicht gelingt, hat der Schlichter die bindende Festsetzung gemäß den Vorschriften der Verordnung zu treffen.

Die Schließung der Akademien.

Vorstellungen des Oberkirchenrats beim Kultusminister.

Der Präsident des evangelischen Oberkirchenrates in Berlin, Dr. Dr. K. K. K. K., ist persönlich an den preussischen Kultusminister herangetreten, um wegen der Schließung von neun ausschließlich evangelischen pädagogischen Akademien vorstellig zu werden und dem Minister von der Beunruhigung Kenntnis zu geben, die die Nachrichten über die geplante Behebung des leitenden Postens des preussischen Volksschulwesens in evangelischen Kreisen hervorgerufen hat.

Amerika wartet ab.

Keine Initiative in der Schuldenfrage.

In amtlichen Kreisen wird es nach wie vor abgelehnt, zum Baseler Bericht und zur internationalen Schuldenkonferenz Stellung zu nehmen. Bedenfalls hat sich aber an der hiesigen Einstellung zu diesen Problemen nichts geändert.

Diese Einstellung geht dahin, daß die amerikanische Regierung bei der bekannten Abneigung im Bundeskongreß wie in weiten Kreisen der amerikanischen Bevölkerung gegen ein Abtreten weiterer finanzieller Opfer nicht wieder die Initiative ergreifen wird.

Im allgemeinen wird der Baseler Bericht hier als ein erfreulicher Schritt zur Sanierung der deutschen Verhältnisse begrüßt, von deren Gesundung das Schicksal ganz Europas abhängt. Man erwartet, daß bald eine Konferenz der alliierten Gläubiger zwecks Ausführung der Baseler Vorschläge über die Reparationen einberufen werde.

An dieser internationalen Konferenz wird Amerika weder aktiv teilnehmen, noch außerhalb der Konferenz Vorschläge machen oder Bedingungen stellen.

Da Amerika keine Reparationen erhält und der Bundeskongreß sich soeben erst in der feierlichen Form eines Gesetzesbeschlusses gegen eine Revision der alliierten Schuldenabkommen ausgesprochen hat. In Amerika wird man vielmehr abwarten, was die Gläubiger Deutschlands beschließen. Sollten sie eine Reduzierung oder weitere Stundung ihrer Schulden an Amerika wünschen, so müssen sie — wie es heißt — diese Wünsche hier formell anmelden, bevor die amerikanische Regierung in irgendeiner Form in Aktion treten kann.

Macdonalds Brief.

Schon vor vierzehn Tagen geschrieben.

— London, 29. Dezember.

Die zuständigen englischen Stellen lassen verlauten, daß der Brief Macdonalds an den französischen Ministerpräsidenten Laval schon vor 14 Tagen geschrieben und abgeschickt wurde. Sie betonen, daß der Brief sich nur in allgemeinen Ausdrücken gehalten habe und daß eine amtliche Einladung Laval nach London nicht erfolgt sei. Andererseits aber kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Macdonald dem französischen Ministerpräsidenten seinen Wunsch nach einer persönlichen Aussprache über die Reparations- und Schuldenfrage als Vorbereitung für die kommende Konferenz nahegelegt hat.

Offensichtlich hat die ablehnende Haltung Frankreichs in London stark enttäuscht. Es ist sehr gut möglich, daß die von Macdonald geplante Zusammenkunft mit Laval überhaupt nicht mehr vor der Reparationskonferenz stattfindet.

Colijn über Basel.

Erste Mahnung an die Staatsmänner.

An einer Pressebesprechung erklärte das nach Holland zurückgekehrte holländische Mitglied des Baseler Sachverständigenausschusses, Colijn, daß der Ausschuß deutlich dargelegt habe, daß Deutschland die Zahlungen, die es unter dem Youngplan leisten sollte, nicht transferieren könne, ohne die gegenwärtige Lage zu verschlechtern. Gleichzeitig aber sei ausgeführt worden, daß eine Streichung der deutschen Zahlungen allein das Problem nicht löse, solange andere Länder zur Bezahlung ihrer Schulden verpflichtet blieben. Die Schlussfolgerung des Sachverständigenausschusses gehe somit dahin, daß beide Fragen gleichzeitig behandelt werden müßten und zwar so schnell als möglich, wenn man eine Katastrophe vermeiden wolle.

Mit Bezug auf die bevorstehende neue Reparationskonferenz der Regierungen betonte Dr. Colijn schließlich noch, daß für den Fall, daß die verantwortlichen Staatsmänner keine Beschlüsse von wirklicher Bedeutung fassen würden, die Lage in Europa und damit in der ganzen Welt noch viel ernster werden müsse, als sie es jetzt schon sei.

Die neuen Postgebühren.

Entscheidung auf Mittwoch vertagt. — Die Vorschläge des Ministeriums.

— Berlin, 29. Dezember.

Die endgültige Entscheidung über die Senkung der Postgebühren ist nunmehr erst für Mittwoch zu erwarten, da die Vollziehung des Verwaltungsrats der Reichspost bis dahin vertagt worden ist. Wie dazu verlautet, soll die Gebührensenkung wegen der erforderlichen technischen und organisatorischen Vorbereitungen stufenweise, und zwar am 5. und 15. Januar sowie am 1. Februar und 1. April in Kraft treten.

Die Vorschläge des Reichspostministeriums, die aber im Verwaltungsrat kaum wesentliche Änderungen erfahren dürften, sollen wie folgt aussehen:

Drucksachen.

Drucksachen bis 20 Gramm 3 Pfennig (bisher 4 Pfennig), über 20 bis 50 Gramm 4 (bisher 5) Pfennig, 50 bis 100 Gramm 7 (8) Pfennig, 100 bis 150 Gramm (neue Gewichtszwischenstufe) 10 Pfennig, 150 bis 200 Gramm 15 Pfennig, 250 bis 500 Gramm 25 Pfennig (bisher 30 Pfennig).

Postwurfsendungen bis 50 Gramm wie bisher 2 Pfennig, bei Auslieferung von über 1000 Stück 1,5 Pfennig.

Mischsendungen bis 20 Gramm wie bisher 5 Pfennig, bei Auslieferung von über 1000 Stück 4 Pfennig. Diese Gebühren treten am 5. Januar in Kraft.

Paketverkehr.

Im Paketverkehr soll ab 15. Januar die Zustellungsgebühr in allen Entfernungszonen von 20 auf 15 Pfennig gesenkt werden. Die gesamte Beförderungsgebühr ermäßigt sich dadurch für Pakete bis zu 5 Kilogramm Gewicht in der ersten Zone (bis zu 75 Kilometer Entfernung)

von 50 auf 45 Pfennig, also um 10 Prozent, in der zweiten Zone (bis zu 150 Kilometer Entfernung) von 60 auf 55 Pfennig, also um etwa 8 Prozent, in den übrigen Zonen sinkt der Nachschuß noch weiter.

Telegramme.

Die Wortgebühr für Telegramme im Ortsverkehr wird von 8 auf 6 Pfennig, im Fernverkehr von 15 auf 12 Pfennig herabgesetzt; für dringende Telegramme wird die doppelte Gebühr, für Blightelegramme die zehnfache Gebühr erhoben. Die Herabsetzung gilt ab 1. Januar.

Fernsprech-Gebühren.

Die Grundgebühr bleibt unverändert. Dagegen wird die Ortsgesprächsgebühr von 10 auf 9 Pfennig herabgesetzt, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar. Bei Ferngesprächen werden vom 1. Februar ab folgende Wortgebühren erhoben: bis 10 Kilometer 20 Pfennig (bisher auf 15 Kilometer 30 Pfennig); bis 20 Kilometer 30 Pfennig (bisher auf 25 Kilometer 40 Pfennig); bis 30 Kilometer 40 Pfennig; bis 40 Kilometer 50 Pfennig; bis 50 Kilometer 60 Pfennig (bisher von 25 bis 50 Kilometer 60 Pfennig); bis 60 Kilometer 70 Pfennig, bis 80 Kilometer 90 Pfennig (bisher 50 bis 75 Kilometer 90 Pfennig, bis 100 Kilometer 1,20 Mark (bisher 75 bis 100 Kilometer 1,20 Mark)).

Auf Entfernungen über 100 Kilometer bleibt die Gesprächsgebühr unverändert.

Vom 1. April n. J. ab wird die Monatsgebühr für Nebenstellen von 1,40 auf 1,20 Mark, der einmalige Apparatbeitrag von 20 auf 15 Mark ermäßigt; für Nebenanschlüsse-Leitungen werden für die ersten 100 Meter 30 (bisher 50) Pfennig, für jede weiteren 100 Meter wie bisher 50 Pfennig erhoben.

Eine Senkung der Rundfunkgebühren ist dem Vernehmen nach weder vorgeschlagen, noch hat sie Aussicht, von der Mehrheit des Verwaltungsrats beschloffen zu werden.

Der Reichsverband der Fernsprechteilnehmer Deutschlands hat in letzter Stunde an den Verwaltungsrat ein Telegramm gerichtet und darin eine sofortige Senkung aller Porti, vor allem auch des Briefportos gefordert. Ferner hat sich der Reichsverband an den Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Gerdeler, gewandt.

Die Bauparkassen.

Reichsaufsichtsamt untersagt einer Reihe von Bauparkassen den Geschäftsbetrieb.

— Berlin, 29. Dezember.

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat folgenden Bauparkassen den Geschäftsbetrieb untersagt: a) „Eigenschaft“, Siedlungs- und Bauparkasse m. b. H., Dresden; b) Spar- und Kreditgemeinschaft Bauparkasse m. b. H., Dresden; c) Hypotheken- und Baufeldgenossenschaft „Hansa“ G. m. b. H., Dresden; d) „Bavaria“, Selbsthilfe Bauparkasse m. b. H., Augsburg; e) Stuttgarter Bauparkasse m. b. H., Stuttgart; f) „Quelle“, Allgemeine Zweckparkasse G. m. b. H., in Stuttgart.

Der Senat hat ferner bei den nachstehenden Kassen Antrag auf Konfiskation gestellt: a) Bau- und Siedlungsparkasse „Deutsche Heimat“ G. m. b. H., Berlin; b) Wirtschaftshilfe AG für Verwaltung und Finanzierung in Frankfurt am Main; c) „Deutscher Baubund“ e. G. m. H. in Magdeburg; d) Nürnberger Bauparkasse G. m. b. H. in Frankfurt am Main; e) Baugesellschaft „Carolus“ G. m. b. H. in Frankfurt am Main.

Der Firma „Die Basis“, Bau- und Zweckparkasse G. m. b. H., in Nürnberg ist die Genehmigung erteilt worden, ihren Betrieb bis zur Entscheidung über den ihr gestellten Antrag auf Erlaubnis des Geschäftsbetriebs fortzusetzen. Entsprechende Anträge der Firmen „Bauern“ Bauparkasse AG in Nürnberg, der „Augustana“, Bauparkasse und Hypothekengeldparkasse G. m. b. H., Augsburg, sind abschlägig beschieden worden.

Wasserstraßenvertrag gekündigt.

Vom Reich. — Neuordnung der Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern.

— Berlin, 29. Dezember.

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Staatsvertrag von 1921, der den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich provisorisch regelte, zum 31. März 1932 zu kündigen.

Nach dem damaligen Staatsvertrag, der im Gesetz vom 29. Juli 1921 verankert wurde, waren an der Verwaltung der Reichswasserstraßen 51 Zentralstellen und Mittelbehörden sowie 166 Ortsbehörden beteiligt. Nach der Neuordnung sollen die Wasserstraßen-Direktoren dem Reich unmittelbar unterstellt sein, während die Ortsbehörden ihre Anweisungen von den Reichswasserstraßen-Direktionen erhalten würden. Die Pläne der Reichsregierung sind bereits in einem Gesetzesentwurf niedergelegt. Die jährliche Einparung wird nach den Schätzungen des Reichsverkehrsministeriums rund zwei Millionen Mark betragen.

Der Gesetzesentwurf sieht Reichswasserstraßen-Direktionen vor in Königsberg, Breslau, Stettin, Berlin, Magdeburg, Hannover, Hamburg, Münster, Mainz, München und schließlich als 11. und 12. Stelle die Seewarte in Hamburg und den Reichswasserstraßen-Direktionen in Bremen wird der Reichswasserstraßen-Direktion Hamburg, die Kanalabteilung Essen der Reichswasserstraßen-Direktion Münster und die Bauabteilung Stuttgart der Direktion Mainz unterstellt sein.

Das Reichsverkehrsministerium begründet den Schritt der Reichsregierung in einer längeren Verlautbarung, in der es u. a. heißt, bei der Notwendigkeit, die beträchtlichen für die Wasserstraßenverwaltung nötigen Mittel (jährlich etwa 150 Millionen Mark) bis an die äußerste Grenze zurückzudrücken und mit größter Wirtschaftlichkeit einzusetzen, könne die Reichsregierung eine weitere Verschärfung der Reform der Wasserstraßenverwaltung nicht dulden.

General von Below 75 Jahre alt.

— Schwerin, 29. Dezember.

Am heutigen Dienstag begeht General der Infanterie Eduard von Below seinen 75. Geburtstag. Der Jubilar, der einem der ältesten und angesehensten Adelsgeschlechter Mecklenburgs entstammt, hält sich gegenwärtig auf dem gräflich Rantzau'schen Rittergut Krefzin bei Goldberg auf. Von Below trat im Jahre 1873 nach Besuch des Kadettenkorps als Leutnant beim Füsilier-Regiment Nr. 90 ein. 1906 wurde er

preis von 7 Mk. an.